

Paderborn, 03.01.2019

4. Sitzung des 47. Studierendenparlaments

Gremium: Studierendenparlament

Datum: 19.12.2018

Ort: B3.231

Uhrzeit: 14:18

Protokollantin: Anna Senger

Vorläufige Tagesordnung

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Regularien
 - a) Begrüßung und Regularien
 - b) Protokolle
- 2) Berichte
 - a) Bericht des Präsidiums
 - b) Bericht des Haushaltsausschusses
 - c) Bericht des Satzungsausschusses
 - d) Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen
 - e) Bericht des Wahlaufsichtsausschusses
 - f) Bericht des AStA
 - g) Bericht der stud. Senatoren
 - h) Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPb
 - i) Sonstige Berichte
- 3) Antragstop: Wahl einer stud. Vertreterin in den Vorstand des SI-Lab
- 4) Antragstop: Videoaufnahmen
- 5) Antragstop: GO-Änderung Misstrauensantrag
- 6) Antragstop: Satzungsänderung
- 7) Antragstop: Nachwahl AStA-Referent Inneres & Prozessoptimierung (Stellv. Vorsitz)
- 8) Antragstop: Änderung FHO §21
- 9) Antragstop: Bestätigung HHA Beschluss – Aussetzung §21 (4) lit. b, e
- 10) Antragstop: Wahl eines stud. Mitglieds für den HNI Vorstand
- 11) Antragstop: Zweitwohnsitzsteuer
- 12) Antragstop: Wahl der stud. Vertretung im Verwaltungsrat des StuWe

- 13) Diskussionstop: Ausschuss für Hochschulwahlen
- 14) Diskussionstop: Weiterentwicklung des Themas Gleichstellung in der Studierendenschaft
- 15) Diskussionstop: Gespräch mit L'UniCo
- 16) Diskussionstop: Diskussionskultur im StuPa
- 17) Verschiedenes

1) Eröffnung, Begrüßung und Regularien

a) Begrüßung und Regularien

Die 4. Sitzung des 47. Studierendenparlaments wird am 19.12.2018 um 14:18 durch Kira Lietmann eröffnet. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden und das Parlament mit 17 Anwesenden beschlussfähig sei. Entschuldigt seien Rebeka Gadzo, Lokman Kara, Prashant Soni, Luca Rodehuts Kors und Sufyan Maqbool. Fabio Poracos werde vertreten durch Emin Arslan, Janina Beckmeier durch Jan Philipp Volkmer, und Arshmina Ismail durch Ceren Arac.

- Antragstops, die Wahlen beinhalten, werden auf Bitte Lucas Coronas und Manuel Leyvas vor Berichte verlegt, da hierfür Gäste anwesend seien. Aus demselben Grund bittet Benjamin Riepegerste, das Gespräch mit L'UniCo den Wahlen anzuschließen.
- Marvin Gebert, Carsten Müller und Sophie Allmansberger bitten, ihren jeweiligen TOP, *Ausschuss für Hochschulwahlen*, *Diskussionskultur im StuPa*, und *Satzungsänderung*, zu vertagen.
- Nikolai Rodehuts Kors bittet einen weiteren Punkt der Tagesordnung zu ergänzen, *Umstrukturierung des Copyservice*. Die E-Mail mit dem Antrag sei wegen technischer Probleme nicht rechtzeitig angekommen. Julius Erdmann erklärt, es gehe um die neuen Drucker zu besseren Konditionen. Das Ganze sei seit einem Jahr in Planung, die Fertigstellung der Verträge habe sich aber etwas gezogen. Aus sechs Angeboten sei der Vertrag ausgewählt worden, der nun zur Abstimmung stehe. Sollte der beantragte TOP nicht behandelt werden, müsse der Copyservice bis zur nächsten StuPa-Sitzung schließen. Carsten Müller fragt, was beim Email-Versand nicht funktioniert habe. Kira Lietmann erklärt, der AStA habe die E-Mail Montagvormittag verschickt, wie sie der Email selbst entnehmen können, beim Präsidium sei sie aber erst Dienstagmittag angekommen. Julius Erdmann ergänzt, dass sie sich aufgrund der vielen Anhänge verspätet haben könnte. Alle anderen Emails des AStA seien rechtzeitig angekommen, obwohl zur selben Zeit versendet. Carsten Müller bittet um die angehängten Dokumente. Kira Lietmann verspricht diese allen sofort per Email zukommen zu lassen.

Über die Aufnahme des Punktes auf die Tagesordnung wird abgestimmt.

Ja: 17

Nein: 0

Enthaltungen: 0

Der Tagesordnungspunkt wird behandelt. Daniel Korsmeier verschiebt ihn hinter das Gespräch mit L'UniCo.

Über die Tagesordnung wird abgestimmt.

Ja: 17

Nein: 0

Enthaltungen: 0

Die Tagesordnung wird wie folgt angenommen:

Beschlossene Tagesordnung

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Regularien
 - a) Begrüßung und Regularien
 - b) Protokolle
- 2) Antragstop: Nachwahl AStA-Referent Inneres & Prozessoptimierung (Stellv. Vorsitz)
- 3) Berichte
 - a) Bericht des Präsidiums
 - b) Bericht des Haushaltsausschusses
 - c) Bericht des Satzungsausschusses
 - d) Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen
 - e) Bericht des Wahlaufsichtsausschusses
 - f) Bericht des AStA
 - g) Bericht der stud. Senatoren
 - h) Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPb
 - i) Sonstige Berichte
- 4) Antragstop: Wahl einer stud. Vertreterin in den Vorstand des SI-Lab
- 5) Antragstop: Wahl eines stud. Mitglieds für den HNI Vorstand
- 6) Antragstop: Wahl der stud. Vertretung im Verwaltungsrat des StuWe
- 7) Diskussionstop: Gespräch mit L'UniCo
- 8) Antragstop: Umstrukturierung Copyservice
- 9) Antragstop: Videoaufnahmen
- 10) Antragstop: GO-Änderung Misstrauensantrag
- 11) Antragstop: Änderung FHO §21
- 12) Antragstop: Bestätigung HHA Beschluss – Aussetzung §21 (4) lit. b, e
- 13) Antragstop: Zweitwohnsitzsteuer
- 14) Diskussionstop: Weiterentwicklung des Themas Gleichstellung in der Studierendenschaft
- 15) Verschiedenes

b) Protokolle

Über das Protokoll zur 3. Sitzung wird abgestimmt.

Ja: 16

Nein: 0

Enthaltungen: 1

Das Protokoll wird angenommen.

2) Antragstop: Nachwahl AStA-Referent Inneres & Prozessoptimierung (Stellv. Vorsitz)

- Nikolai Rodehuts Kors führt aus, der derzeitige Referent Julius Erdmann höre zum 31.12. auf, deshalb sei eine Nachwahl benötigt. Sascha Grüner wird vorgeschlagen, er bringe bereits Erfahrung mit. Dieser stellt sich vor.
- Gülcan Güngör fragt, ob der Kandidat es schaffe, seine Werkstudententätigkeit mit dem Referat gleichzeitig auszuüben. Sascha antwortet, der Vertrag laufe Ende Februar aus und werde nicht verlängert. Bis dahin halte er es für möglich beides gleichzeitig auszuüben, vor allem, weil er im letzten Jahr auch parallel die LOOK IN organisiert habe. Julius Erdmann merkt an, er habe sich mit Sascha bereits mehrmals getroffen und auch im Januar werde er ihn unterstützen. Nikolai Rodehuts Kors ergänzt, Sascha sei auch schon häufig im Büro gewesen, um sich die Prozesse anzusehen und mitzuarbeiten; Zeitmanagement sehe er nicht als Problem an.
- Kira Lietmann fragt, ob Julius Erdmann ganz aufhöre. Dieser versichert, die Arbeit des Halbreferats Marketing fortzuführen.

Wahl des Referats:

Name des Kandidierenden	Ja	Nein	Enthaltung
Sascha Grüner	14	2	2

Sascha Grüner wird für das AStA-Referat gewählt und nimmt die Wahl an.

3) Berichte

a) Bericht des Präsidiums

- Kira Lietmann berichtet, es habe eine erfolgreiche Bewerbung auf die Stellenausschreibung für die StuPa-Webseite gegeben, das Justizariat arbeite gerade in Anlehnung an die Verträge des AStA den Arbeitsvertrag aus. Ab dem neuen Jahr werde die Person beginnen. Ferner habe Lea Biere das Büro aufgeräumt. Kira weist darauf hin, Anträge nicht nur an das StuPa Präsidium zu senden, sondern auch *stupa* und *stupa-mitglieder*, dies würde den Erhalt der Emails gewährleisten und die Arbeit erleichtern. Am 23.01.2019 die Hochschulwahlversammlung statt.

b) Bericht des Haushaltsausschusses

- Mehmet Karaca berichtet, der Ausschuss habe am 11.12. getagt, Weiteres werde nach dem Antragstop *Änderung der FHO* berichtet.

c) Bericht des Satzungsausschusses

- Robert Käuper berichtet, der Ausschuss habe während der Sitzung am 20.11. den GO-Antrag ausformuliert, der heute vorliege, die PSA-Satzung fertiggestellt, sowie eine Mustersatzung erstellt und sie an Roman Patzer-Meyer weitergeleitet, damit er diese angehenden Initiativen geben könne. Die Sitzung am 12.12. habe sich mit der FHO-Änderung befasst, sowie mit der Satzungsänderung, die Sophie Allmansberger heute vertagt habe. Sobald dieser Punkt behandelt werde, werde darüber gesprochen.
- Carsten Müller fragt, warum die PSA heute nicht behandelt werde, da sie doch einen Antrag auf Anerkennung gestellt haben. Kira Lietmann erklärt, die Vorsitzenden haben gebeten, diesen zu vertagen, da heute niemand anwesend sein könne.

d) Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen

- Der Bericht entfällt, da sich der Ausschuss nicht konstituiert habe.

e) Bericht des Wahlaufsichtsausschusses

- Der Bericht entfällt, da sich der Ausschuss nicht konstituiert habe.

f) Bericht des AStA

- Nikolai Rodehutsors berichtet, eine kleine Gruppe habe am HWVO-Seminar in Hagen teilgenommen, in dem die UPB in ihrem Umgang mehrfach lobend hervorgehoben worden sei, insbesondere die jährliche Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer. Julius Erdmann berichtet von der AStA-Klausurtagung in der Uckermark, dort sei es vor allem um das Entwickeln und Optimieren von Prozessen gegangen. Die sehr produktive Tagung habe einige neue Projekte und Prozesse für das neue Jahr hervorgebracht. Nikolai führt fort, er habe an einer Fachtagung des BMBF, Hochschulrektorenkonferenz und des DAAD zum Bologna Prozess in Berlin teilgenommen. Dort sei es vor allem um Anerkennung und Anrechnung von Leistungen gegangen, sowie Digitalisierung. Nachfolgeprozesse zu beiden Themen werden folgen, die der Studierendenschaft zugutekommen sollen. Marvin Gebert berichtet vom Hip-Hop-Event mit regionalen Künstlern und der Mensaparty. Roman Patzer-Meyer habe zusammen mit der Wirtschaftsinformatik eine FSRK zu AStA-bezogenen Themen organisiert, in der es bspw. über das neue Hochschulgesetz informiert worden sei, dem Tag der Lehre, sowie die Vorstellung des Hochschulsports. Es habe auch einige Termine mit dem Haushalts- und Satzungsausschuss gegeben, dazu komme in den eigenen TOPs mehr. Marcel Schäfer berichtet von dem erfolgreichen AStA-Weihnachtsmarkt. Das Veterinäramt habe eine Woche vor Beginn eine Gesundheitsprüfung durchgeführt, die trotz der großen Menge an Auflagen gut verlaufen sei. Im nächsten Jahr müssen einige Kleinigkeiten geändert werden, wie mobile Waschbecken und Warmwasseranschlüsse in Waffelständen. An einer festen Lösung für die Folgejahre werde gearbeitet. Hütten seien dieses Jahr zufällig aus einem kleinen Dorf mit €25/Hütte besorgt werden können. Nikolai führt fort, eine Eventreihe zum Thema Hatespeech und Sexismus sei mit der Gleichstellungsbeauftragten und dem Zentrum für Gender Studies, sowie Sophie Allmansberger in Planung; aktuell mit fünf Vorträgen und einem Aktionstag mit Workshops und praxisnahen Themen. Grob datiert seien sie auch schon, die Reihe werde sich bis ins nächste Wintersemester ziehen, sodass das diesjährige Sommerfestival aufgearbeitet werde und das kommende eingebettet. Matthias de Jong berichtet, der QVM-Antrag über €70.000 sei bewilligt worden, insgesamt seien damit über €100.000 an QVM- und Drittmitteln bewilligt, womit der Haushalt um 25% aufgestockt worden sei. Das Geld werde vor allem für die Einrichtung des 5. OG aufgewendet. Die QVM-Kommission sei sogar bereit, mehr für bequemere Stühle zu zahlen.
- Daphne Dlugai finde es trotz der kurzfristigen und zahlreichen Auflagen schade, dass der Weihnachtsmarkt insgesamt so unökologisch gewesen sei, wegen der Einwegbecher und der kleinen Ketchup-Päckchen. Ein Stand habe es ja geschafft, Pfandbecher zu verwenden, die auch in der Innenstadt zurückgegeben werden konnten. An sich sei der Aufbau aber sehr gelungen gewesen. Marcel Schäfer entgegnet, wegen der Pfandbecher sei mit MTP lange gesprochen worden und man hoffe, dass es auch längerfristig möglich sei. Nach zwei Tagen sei man auf Ketchup- und Mayoflaschen umgestiegen. Marvin Gebert räumt ein, er habe vergessen Ketchup zu kaufen, so habe man die Päckchen vom Grill Café kurzfristig bekommen; eigentlich sei es aber auch die Vorschrift des Gesundheitsamts. Für die Zukunft arbeite man an einem Umstieg. Matthias de Jong fügt zu hinzu, die Pfandbecher seien gesponsert worden, zusammen mit einer Anschaffung und Pflege müsse man sich daher überlegen, ob es langfristig wirtschaftlich sei, vor allem auch durch die Richtlinien des Gesundheitsamts.
- Lea Biere fragt, was mit den alten Hütten sei, die nach vielen Diskussionen vor zwei Jahren erworben worden seien. Marcel antwortet, diese seien in der Planung berücksichtigt worden, vor dem Hintergrund der Richtlinien und weil die geliehenen Hütten so günstig gewesen seien, habe man sich aber für die geliehenen entschieden. So sei mehr gespart worden.
- Carsten Müller fragt, ob wieder eine neue Küche für €8.000 notwendig sei. Matthias de Jong antwortet, es gehe um eine nachhaltige Anschaffung, die mehrere Jahre halten soll. Im 6. OG bspw. seien ja sehr günstige Stühle für jeweils €25 angeschafft worden, was zur Folge habe, dass

nach anderthalb Jahren ein Drittel irreparabel kaputt sei. Dies sei weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Zudem gebe es viele Spezialanforderungen an die Küche, wie fest eingebaute Geräte, was den Preis nach oben treibe. Die zweite Küche sei außerdem notwendig, da das 6. OG nicht immer für Studierende begehbar sei. Auch der Zweck der neuen Küche sei ein anderer, so brauche das 5. OG etwa keinen Herd oder Ofen, sondern werde eine Kaffeeküche.

- Manuel Leyva spricht das Thema Zweitwohnsitzsteuer an, ihm fehle eine Stellungnahme vom AStA, obwohl viele Studierenden betroffen seien. Sharlene Frammelsberger erklärt, sie habe mit Stadtangestellten telefoniert, und nur Höhe der Steuer habe beantwortet bekommen. Über Auswirkungen auf die Steuern der Eltern, Kindergeld etc. sei mit Verweis auf das Finanzamt keine Auskunft erteilt worden. Das Finanzamt habe seinerseits zurück an die Stadt verwiesen, auch sie sehen sich dafür nicht zuständig. Der Steuerberater lege allen generell ans Herz den Hauptwohnsitz nach Paderborn zu verlegen. Julius Erdmann fügt hinzu, im September habe er versucht Kontakt mit dem Kämmerer aufzunehmen, der sich nicht zurückgemeldet habe. Die Einführung der Steuer sei ja auch erst vor Kurzem beschlossen und veröffentlicht worden – der AStA habe über diese Überlegung und das Ende des Bonusprogramms seinerzeit informiert.
- Daphne Dlugai fragt, ob der AStA die alten Weihnachtsmarkt-Hütten neu lasieren werde, bzw. ob er die Hütten wegen des neuen Angebots weiterverkaufe. Marcel Schäfer merkt an, ein Verkauf sei nicht in Planung, zudem sei nicht klar, ob das Leihen unter den Konditionen jährlich wiederholbar sei. Sinnvoll sei außerdem, mindestens eine Hütte zu behalten. Lasiert seien sie bereits teilweise, auffrischen könne man es im Sommer. Julius Erdmann fügt hinzu, das Angebot sei ein Glücksgriff gewesen, man könne sich nicht immer darauf verlassen.
- Benjamin Riepegerste meint, Einwegbecher seien kein Grund den Weihnachtsmarkt schlecht zu redend, dieser sei trotz der Forderungen des Veterinäramts insgesamt gut organisiert worden. Verbesserungen zum Vorjahr habe es auch gegeben und alle Hüttenbetreiber seien zufrieden. Er bedankt sich bei Aktiven, die Hütten aufgestellt haben. Marcel Schäfer erläutert, der Platzwechsel von der K-Wiese zu G begründet in fehlenden notwendigen Strom- und Wasseranschlüssen. Generatoren seien außer Frage gewesen.
- Tanja Dittmann erklärt sich im Namen MIAs und Einer Welt bereit, bei der Eventreihe zum Sexismus zu kooperieren.
- Lea Biere schlägt vor, Auswirkungen der Zweitwohnsitzsteuer auf die Studierenden zusammenzufassen und öffentlich Position dazu zu beziehen. Nikolai Rodehuts Kors merkt an, Beratungsangebote zum weiteren Vorgehen der Studierenden seien sinnvoll, das Problem sei aber, das derzeit niemand einen Überblick über die Situation habe. Weder in der Stadt noch im Finanzamt scheint jemand über die Auswirkungen Bescheid zu wissen, ein Rechtsanwalt sei an der Stelle angebracht. Das einzig Bekannte an dieser Stelle sei nur die Höhe der Steuer. Der Bürgermeister habe außerdem in der Zeitung geäußert, die Entscheidung könne schon im nächsten Jahr wieder revidiert werden, was einem PR-Stunt der Stadt gleichkommen würde.
- Daphne Dlugai habe herausgefunden, dass der AStA vor Jahren einen Gmail-Account erstellt habe, wo einige Uni-Mail-Adressen der damaligen Referenten, auch sie, eingetragen worden seien. Sie scheine da immer noch geführt zu werden, sodass das AStA-Logo immer erscheine, sobald jemand mit einem Gmail-Konto ihre Emails von ihrer normalen Uni-Mailadresse öffne. Sie bittet den AStA, sich darum zu kümmern. Sie sei nie Account-Inhaberin gewesen.

g) Bericht der studentischen Senatoren

- Lea Biere verweist auf das öffentliche Protokoll. Zwei W2-Professuren für die sonderpädagogische Förderung und Inklusion mit dem Schwerpunkt Schulentwicklungs- und Unterrichtsforschung sollen besetzt werden, sowie eine W2-Professur für Didaktik des Englischen mit dem Schwerpunkt Literatur- und Kulturdidaktik, außerdem für eine W1-Professur für emotionale und soziale Entwicklung in der inklusiven Schule. Es sei außerdem ein Mitglied für die Kommission der Qualitätsverbesserung für Studium und Lehre nachgewählt worden.

h) Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPB

- Kira Lietmann berichtet, es habe keine Sitzung gegeben. Der DSW-Konferenz habe sie aufgrund einer Erkrankung bedauerlicherweise nicht wie geplant beiwohnen können, sei jedoch über WhatsApp verbunden gewesen und habe sich auch bereits mit Herrn Walther getroffen. Fast alle Entscheidungen seien einstimmig beschlossen worden. Es habe Stellungnahmen zu anstehenden Veränderungen in den Studierendenwerkesgesetzen der Länder gegeben. Zudem sei darüber diskutiert worden, dass sich in vielen Bundesländern, allen voran NRW, die Studierendenwerksförderungsbeiträge seit 2002 nicht mehr erhöht worden seien.

i) Sonstige Berichte

- Nikolai Rodehutsors erklärt, das StuPa entsende immer für ein Jahr einen Vertreter in die Tagungen des HNI-Vorstands, die in der Regel zweimal jährlich stattfinden und vorrangig anstehende Termine behandeln, wie den Neujahrsempfang, das HNI-Forum, etc. Dieses Jahr sei vor allem der Bundeswettbewerb der Informatiker im Vordergrund gewesen sowie Mitgliedschaften im HNI (Lehrstühle und Büros). Die nächste Sitzung finde am 01.04.2019 statt.

4) Antragstop: Wahl einer stud. Vertreterin in den Vorstand des SI-Lab

- Karolin Schlegel stellt sich vor. Für die aktuelle studentische Vertretung werde ein*e Nachfolger*in gesucht. Das SI-Lab sei als eine Unterkategorie des SICP forschend orientiert und ihre Sitzungen finden zweimal jährlich statt.

Name der Kandidierenden	Ja	Nein	Enthaltung
Karolin Schlegel	18	0	1

Wahl der studentischen Vertretung in den Vorstand des SI-Lab:

Karolin Schlegel wird gewählt und nimmt die Wahl an.

5) Antragstop: Wahl eines stud. Mitglieds für den HNI-Vorstand

- Nikolai Rodehutsors verweist auf seinen sonstigen Bericht und schlägt Julius Erdmann als das studentische Mitglied für den HNI-Vorstand vor.
- Julius Erdmann merkt an, seine Motivation sei auch die Lobbyarbeit für die Studierendenschaft, vielleicht könne er da etwas ausrichten. Er werde auch über die zwei jährlichen Tagungen hinaus versuchen Informationen anzufordern.

Wahl des studentischen Mitglieds für den HNI-Vorstand:

Name des Kandidierenden	Ja	Nein	Enthaltung
Julius Erdmann	18	1	0

Julius Erdmann wird gewählt und nimmt die Wahl an.

6) Antragstop: Wahl der stud. Vertretung im Verwaltungsrat des StuWe

- Kira Lietmann erklärt, der Verwaltungsrat habe die gesetzliche Vorgabe zu mindestens 50% aus Frauen zu bestehen, sonst werde jeder Beschluss automatisch angefochten. Paderborn stelle drei studentische Vertreter*innen, ein*e vierte*r komme aus Hamm-Lippstadt. In Absprache mit Frau Probst und Herrn Walther sei es gut, einen Mann und zwei Frauen zu nominieren, es sei aber dem StuPa überlassen. Wichtig sei nur, weibliche Stellvertreter für studentische Vertreterinnen zu wählen, damit die Verhältnisse immer noch stimmen, falls die Vertreterin zurücktrete.

Erwünscht sei ebenfalls Erfahrung, die Amtszeit betrage zwei Jahre. Sie selbst sei seit zwei Jahren dabei und möchte gerne weitermachen.

- Manuel Leyva schlägt Benjamin Riepegerste vor, Carsten Müller schlägt Lukas Corona vor, Caroline Klein schlägt Kira Lietmann vor, Sophie Allmansberger schlägt Daphne Dlugai und Roman Patzer-Meyer vor, Lukas Corona schlägt Leonie Niemerg vor.
- Kira Lietmann weist darauf hin, dass Stellvertreter*innen nur bei Rücktritten relevant werden.
- Auf die Frage Daniels Korsmeier, ob jemand explizit als Hauptvertreter*in kandidieren möchte, meldet sich niemand. Lea Biere beschließt, dass erst drei Vertreter*innen, dann Stellvertreter*innen in Blöcken gewählt werden.

Wahl der Hauptvertreter*innen:

Name der Kandidierenden	Ja	Nein	Enthaltung
Benjamin Riepegerste	7	8	3
Lukas Corona	9	4	2
Kira Lietmann	12	5	0
Daphne Dlugai	5	11	2
Roman Patzer-Meyer	11	6	2
Leonie Niemerg	11	4	1

Kira Lietmann, Roman Patzer-Meyer, Leonie Niemerg werden gewählt und nehmen die Wahl an.

- Kira Lietmann schlägt vor, im Block über die Stellvertreter Benjamin Riepegerste für Kira Lietmann, Lukas Corona für Roman Patzer-Meyer und Daphne Dlugai für Leonie Niemerg, abzustimmen. Es gibt keinen Widerspruch zur Vorgehensweise.

Über die Wahl der Stellvertreter*innen wie genannt wird abgestimmt.

Ja: 15

Nein: 0

Enthaltungen: 0

Die Stellvertreter*innen werden gewählt und nehmen die Wahl an.

7) Diskussionstop: Gespräch mit L'UniCo

- Kira Lietmann stellt den Vorsitzenden L'UniCos, Benedikt Blazeowsky, vor, der auf Bitte StuPas eingeladen worden sei.
- Carsten Müller erklärt, es gehe um die fehlende Inventarliste für den AStA. Diese sei nach SVO und HWVO zwingend notwendig, da es um Gelder der Studierendenschaft gehe. Außerdem sei es schwierig, mit L'UniCo Kontakt aufzunehmen. Saskia te Marveld berichtet, es sei nicht um die Inventarliste an sich gegangen, sondern darum, dass es schwierig gewesen sei, mit der Projektgruppe einen Termin auszumachen, um die Inventarisierung mit ihr durchzuführen. Die Antwortzeit habe auch unverhältnismäßig lange betragen, sodass sie Termine nicht vernünftig koordinieren konnte. Sie wünsche sich für die Zukunft einen besseren Ablauf, zudem habe sie stets den Eindruck, dass sich außer Benedikt niemand für die Arbeit verantwortlich fühle.
- Benedikt Blazeowsky entschuldigt sich, ein solcher Ablauf und Mehrarbeit für Saskia sei nicht seine Absicht gewesen. Er sei davon ausgegangen, dass nach ihrem letzten Treffen im Oktober zur Abgabe der Rechnungen ein neuer Termin telefonisch ausgemacht werden sollte. Er hoffe, es lasse sich regeln, denn er habe nicht böswillig gehandelt. Die Verwaltung L'UniCos laste primär auf ihm und er habe nicht sofort alles parat.

- Carsten Müller merkt an, dass bei der gestrigen Weihnachtsfeier deutlich mehr von L'UniCos Mitgliedern gewesen seien, er fragt, wo sie jetzt alle seien und ob sie sich überhaupt engagieren und Benedikt helfen. Dieser antwortet, dass das Engagement da sei, aber solche Verwaltungsaufgaben an ihm hängen bleiben. Redakteure fühlen sich dafür nicht zuständig.
- Laut Benjamin Riepegerste sei es nachvollziehbar, dass ein einzelner so eine Aufgabe nicht stemmen kann. Es gehe im Radio aber auch um einen hohen Wert, da müsse daher die Kommunikation besser laufen, damit niemand wochenlang auf eine Antwort warten müsse.
- Carsten Müller sagt, der Vorstand bestehe auch aus mehr als einer Person, da müsse die Arbeit besser verteilt werden. In der letzten Sitzung sei ein Sperrvermerk beschlossen worden bis die Inventarisierung abgeschlossen sei und die Kommunikation funktioniere. Eine andere Frage beziehe sich auf die Anträge im Haushaltsplan, da L'UniCo viel mehr beantrage als es ausgeben. Da bitte er, die beantragten Gelder an die realen Ausgaben anzupassen. Benedikt Blazeowsky entgegnet, er habe bereits versucht das Budget zu kürzen, es sei aber schwierig. Er gehe aber davon aus, dass die Summe im nächsten Antrag deutlich geringer ausfallen werde als jetzt.
- Julius Erdmann merkt an, es gehe eher darum, das Geld vernünftig auszugeben statt weniger zu beantragen, damit dieses nicht ungenutzt bleibe. Betroffen sei auch nicht nur L'UniCo, sondern die Einladungen erstrecken sich auf alle Projektbereiche. Bei L'UniCo sei die fehlende Inventarisierung der erschwerende Fall gewesen.
- Matthias de Jong bietet seine, AStAs und StuPas Hilfe an, wenn Hilfe benötigt werde, denn es könne nicht sein, dass Benedikt alles alleine mache.
- Carsten Müller bekräftigt, er habe nicht gemeint, L'UniCo sollte weniger Geld bekommen, sondern es klüger ausgeben. Dass müsse nicht heißen, dass sie an jeder Ecke sparen müssen. Benjamin Riepegerste fügt hinzu, dass bei L'UniCo im Gegensatz zu manchen anderen Projektbereichen die Arbeit durchaus sichtbar sei; bei der Sperrung sei es wirklich nur darum gegangen, vernünftige Kommunikation herzustellen und dafür zu sorgen, dass alles funktioniert. Betroffen sei aber keineswegs nur das Radio, andere Projektbereiche werden auch vorgeladen.
- Julius Erdmann erklärt, der nächste Schritt sei das Inventarisieren, laut Benedikt sei dies für Freitag geplant. Kira Lietmann bittet im Namen des Präsidiums um eine E-Mail am Freitag, dass alles geklappt habe.
- Nikolai Rodehutsors schlägt als einen weiteren Schritt eine nachhaltige Kommunikation vor, bspw. die Errichtung eines Verteilers, in dem alle Mitglieder L'UniCos zeitnah erreichbar seien. Benjamin Blazeowsky weist abschließend darauf hin, dass Emails jederzeit an *alle@unico* gesendet werden können, mit dem Vorstand im CC. Kommunikation laufe darüber.

8) Antragstop: Umstrukturierung Copyservice

- Julius Erdmann erinnert an die Vorstellung der sechs Vergleichsangebote in der letzten Sitzung. Der Copyservice bestehe aus zwei Bereichen, der Antrag zum Tresenbereich für Bindungen etc. sei bereits angenommen worden, nun folge der offene Bereich, wo jede*r selbst drucken kann. Die Anzahl der Drucker solle von 33 um 11 Geräte reduziert werden, da die Auslastung nicht gegeben sei. Der zweite Beta-Test der App zum Drucken laufe gerade, die zweite Phase werde die App in den jeweiligen App Stores zur Verfügung stellen, außerdem werde es einen Bereich von acht Druckern geben, in denen nur die App funktioniere. Die eigene Druckersoftware sei so weit fertig, man warte nur noch auf SDK von Ricoh, dies verzögere aber den Beta-Test etwas nach hinten. In dem neuen Vertrag sei die Übernahme eines Altvertrags enthalten, der 2020 auslaufe. Die eigene Lösung könne daher jetzt schon mit dem neuen Anbieter Römhild implementiert werden. Die Umstellung solle bis zum 14.01. erfolgen, geliefert werden die Drucker werden am 11.01. Zu den acht Beta-Druckern kommen acht Terminal-Geräte, sowie vier weitere im Bibo-Bereich. Aufladen solle durch mobiles Zahlen (insb. PayPal) vereinfacht werden. Der

neue Vertrag sei günstiger – monatlich werde der AStA €2.528,72 zahlen; pro S/W-Seite 0,0055 ct und pro Farbseite 4,8 ct. Dazu kommen 100.000 S/W-Freiseiten, dadurch könne die Grundmiete gesenkt werden und der Vertrag falle so günstiger aus. Derzeit werden etwa 2,8 Mio. S/W-Seiten pro Jahr gedruckt, so werden die Freikopien nicht immer ausgelastet werden; pro Seite werde dennoch Gewinn gemacht. Die Laufzeit betrage sechs Jahre. Dadurch, dass alle Verträge gesammelt seien und nicht bei verschiedenen Anbietern, könne der Copyservice in 2025 den zukünftigen Bedürfnissen der Studierenden angepasst werden; wegen der Digitalisierung sei auch ein Ausstieg möglich. Der Plan nach der Beta-Phase sei die Anpassung der eigenen Software an die Geräte. Auch Ricoh testet die Software noch einmal selbst, bislang seien sie begeistert. Der ganze Druckprozess werde sehr viel studierendenfreundlicher. Außerdem zahle der AStA derzeit sehr viel für den Geldtransport, mit mobilem Zahlen werde auch das reduziert. Sollte der Antrag heute abgelehnt werden, müsse der Copyservice bis zur Erstellung eines neuen Vertrags geschlossen bleiben.

- Sophie Allmansberger fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, einen Drucker in das ZfS zu stellen. Julius Erdmann antwortet, die Uni sei dafür zuständig, die aber eigene Verträge habe. Möglich sei es, man müsse aber sehen, dass sich die Kosten lohnen. Der AStA plane derzeit einen der beiden Ersatzdrucker in die Stadtcampus-Erweiterung zu stellen. Sophie Allmansberger erklärt, das Problem des ZfS bestehe in der aufwendigen Ein-Tages-Ausleihe, sie selbst habe dort noch keine Drucker gesehen. Julius Erdmann sagt, in P und im HNI habe es mal AStA-Drucker gegeben, die zwar durchaus sinnvoll, aber nicht wirtschaftlich gewesen seien. Er könne es sich ansehen, in Planung sei es aber nicht gewesen. Problematisch werde es, wenn auch für andere Bereiche Drucker angefragt werden, in der Menge sei es dann nicht mehr zu überblicken, auch vor dem Hintergrund von Vandalismus und Wartung.
- Daphne Dlugai fragt, ob die Aufwertung noch immer möglich sein werde. Julius versichert, die Aufwerter bleiben mind. in den ersten Monaten bestehen. Viel hänge davon ab, wie die App und mobiles Zahlen angenommen werde; Barbezahlung abzuschaffen sei aber unrealistisch.
- Daphne Dlugai fragt darauf, wie es mit der Zusammenlegung von Karten aussehe. Julius Erdmann erklärt, der ursprüngliche Plan sei es gewesen, das Drucken über die Delicard zu ermöglichen. Wenn auch prinzipiell möglich, sei die Datenbank auf der Karte das Problem gewesen, da das Druckersystem eine Datenbank im Hintergrund verlange und nicht nur auf der physischen Karte, was mit der Delicard nicht funktionieren. Eine Möglichkeit sei, die Kartenlesegeräte des Kartenherstellers zum Bezahlen zu nutzen, allerdings habe dieser €30.000 dafür haben wollen. Die App erscheine da als eine bessere Möglichkeit, um auch den Bestand der Karten zu reduzieren, ohne sie abzuschaffen.
- Gülcan Güngör verweist auf die Kosten einer S/W-Seite und fragt, um wieviel günstiger diese mit dem neuen Vertrag sind. Julius antwortet, die Kosten der S/W-Kopien werden sich nicht viel reduzieren, die Farbseiten dafür mit 4,8 ct. statt 12 ct. schon. Pro Jahr werden etwa 360.000 Farbseiten gedruckt, Tendenz steigend, was auf steigende Qualitätsansprüche zurückzuführen sei. Man könne überlegen, Farbseiten mit dem neuen Vertrag günstiger anzubieten.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ja: 17

Nein: 0

Enthaltungen: 0

Der Antrag wird angenommen.

9) Antragstop: Videoaufnahmen

- Ralf Keller verweist auf die andauernden Diskussionen StuPas über Transparenz und den Wunsch danach. Als eine Möglichkeit sehe er dafür Videoaufnahmen der Sitzungen. Diese seien zugänglicher als das Protokoll und vermitteln das Gefühl dabei zu sein, wodurch Interessenten eine bessere Vorstellung von der Arbeit StuPas bekommen. Diese können zwar auch zu den Sitzungen kommen, die meisten haben zu den Zeiten aber zu tun. Aus Datenschutzgründen werde im Antrag kein Livestream gefordert, sondern Aufzeichnungen, in denen bei Bedarf Personen und Aussagen unkenntlich gemacht werden können. An einigen Unis gebe es schon Livestreams, umsetzbar sei es also. Der Umfang der Protokolle könne damit auch reduziert werden, was zusammen mit der Videobearbeitung nicht zu einer Mehrbelastung führen werde.
- Benjamin Riepegerste pflichtet dem Antragsteller bei, eine häufige Beschwerde sei die schlechte Wahlbeteiligung, und laut der letzten Studienzumfrage des AStA habe das StuPa einen zu niedrigen Bekanntheitsgrad. Aus dem Grund solle alles für die Erhöhung der Transparenz getan werden, unabhängig von der Anzahl der Zuschauer der Videoaufnahmen. Der Senatssitzungssaal biete zudem nicht genügend Platz für Gäste. Bspw. habe die Uni Siegen und ihre Informatiker es trotz Datenschutzeinwände geschafft, einen Livestream und Videoaufnahmen einzurichten, mit Schutzmaßnahmen gegen eine ungewollte Veröffentlichung. Die Gesetzeslage könne zwischen Siegen und Paderborn nicht so groß sein, dass es nicht auch hier möglich wäre. Für ein hochschulöffentliches Hochladen wäre etwa auch die neue StuPa-Webseite gut geeignet. Im Grunde seien auch alle gefallenen Aussagen nichts, wozu die Parlamentarier*innen nicht stehen; man müsse immer damit rechnen, dass die getätigten Aussagen entweder im Protokoll oder woanders auftauchen. Auch mit dem Justizariat sei darüber schon häufig diskutiert worden.
- Carsten Müller erinnert an die Diskussion zum Livestream und die Feststellung, dass einige Leute nicht gefilmt werden möchten. Theoretisch bräuchte man auch von jedem anwesenden Gast schriftliche Einwilligungen, damit die Aufnahmen erfolgen können. Bei Widerruf müssten die Videos dann aber auch umgehend gelöscht werden. Der Aufwand sei dabei viel zu hoch, zudem stelle die neue DSGVO vor weitere Herausforderungen.
- Kira Lietmann fragt, wer die Videobearbeitung übernehmen solle. Sie erinnert an die Schwierigkeit der letzten Legislatur eine*n gute*n neue*n Protokollant*in zu finden und halte es für unwahrscheinlich, dass Videobearbeitung die Arbeit attraktiver mache. Ralf Keller antwortet, das solle dieselbe Person machen, die auch das Protokoll anfertigt.
- Daphne Dlugai fragt, inwieweit es rechtlich in Ordnung sei, das Protokoll zu reduzieren, da das StuPa einer Protokollpflicht unterliege. Die Umsetzung sei im Hinblick auf den Datenschutz höchst fraglich, da einer Veröffentlichung außerhalb des hochschulöffentlichen Bereichs wenig im Weg stehe. Sie schließe sich auch Kiras Punkt an, Videobearbeitung und Protokollführung sei für eine Person zu viel. Roman Patzer-Meyer merkt an, in der Geschäftsordnung sei sehr detailliert beschrieben wie und von wem das Protokoll anzufertigen sei. Die Geschäftsordnung müsse somit im Falle des Beschlusses der Videoaufnahmen in den Punkten angepasst werden. Außerdem schreibe auch das Landtag NRW sehr detaillierte Protokolle.
- Ralf Keller entgegnet, die Geschäftsordnung besage, „der Diskussionsverlauf müsse nachvollziehbar sein“; dies sei durchaus dehnbar, heiße aber nicht, dass jeder Satz aufgeschrieben werde. Wenn sich bewahrheite, dass der Mehraufwand durch die Videobearbeitung zu hoch sei, müsse dafür eine neue Person eingestellt werden. Datenschutzbedenken sollen mit dem Justizariat besprochen werden. Im Namen der Transparenz können aber all die Umwege gegangen werden.
- Julius Erdmann sagt, Videobearbeitung sei weder besonders schwer noch aufwendig, Gesichter der Parlamentarier*innen könne man mit den jeweiligen Listen-Logos bedecken. Eine andere Frage sei, ob es überhaupt nötig sei, wenn das Video auf einer hochschulinternen Plattform stehe, wenn Parlamentarier*innen doch hochschulöffentliche Personen seien. Auch bei Gästen sei es

möglich. Das aufwendigste an den Videos sei das Rendern, alles andere, inklusive des Rechtlichen, sei überhaupt kein Problem. Pro Sitzung schätze er die Bearbeitungszeit auf etwa eine halbe Stunde. Außerdem müsse das Protokoll nicht ausführlich und schon gar nicht wortgetreu sein. Ein Weg zu mehr Transparenz sei es auf jeden Fall, es sei nur eine Frage des Willens.

- Ralf Keller merkt an, wenn die Aufnahmen mitgeschnitten werden, sei nicht das Problem, dass diese online verfügbar seien, sondern, dass eine Straftat begangen werde. Benjamin Riepegerste fügt hinzu, das gelte auch für Tonaufnahmen. Auch das komplexe Thema DSGVO solle nicht jedes Mal vorgehalten werden, da davon nur die wenigsten wirklich Ahnung haben. Argumentieren könne man damit letztlich jede Kleinigkeit. Der vorliegende Antrag könne mehr Transparenz bedeuten und sei zudem datenschutzrechtlich unbedenklich. Außerdem haben andere StuPa auch keine genauen Protokolle, da können unsere kürzer sein. Auch eine Person für die Videobearbeitung lasse sich durchaus finden.
- Nikolai Rodehuts Kors befürworte den Antrag grundsätzlich, widerspreche Julius aber in dem Punkt, dass das StuPa nicht aus Personen öffentlichen, sondern hochschulöffentlichen Interesses bestehe, was rechtlich eine andere Situation darstelle. Dass Veröffentlichen eine Straftat darstellt, sei klar, gemacht werde es dennoch. Dem Justizariat sei es wahrscheinlich grundsätzlich egal, was das StuPa mache. Die größte Problematik des Antrags sehe er in seinem Nutzen: die Liste EPI habe sich eine Zeit lang mit kurzen Zusammenfassungen auf Facebook an Transparenz versucht, was halbwegs angenommen worden sei. Er sehe nicht, wie da die vollständigen, langen, Sitzungen funktionieren können. Aufmerksamkeit für das StuPa könne mit anderen Mitteln erreicht werden, Facebook oder Instagram mit kurzen Posts seien da besser, um Studierende zu erreichen. Am besten seien außerdem Events wie der Glühweinstand, denn die bringen deutlich mehr Aufmerksamkeit. Lange Videos dagegen werde sich kaum jemand vollständig ansehen. Ralf Keller sagt, das eine schließe das andere nicht aus, ihm sei klar, dass die langen Videos nicht von allen angesehen werden. Wichtig sei aber, die Möglichkeit zu schaffen.
- Caroline Kaiser wünscht sich das Unkenntlichmachen von Personen in den Antrag aufzunehmen, da es sonst, gerade für Anfänger, abschreckend sein könnte, im StuPa Wortmeldungen abzugeben. Sie fragt, wie lange die Videos aufbewahrt werden sollen und wie sichergestellt werden solle, dass diese nicht weiterverbreitet werden. Sie habe etwa AStA-Berichte von vor fünf Jahren gefunden und bemerkt, dass es problematisch mit zukünftigen Arbeitgebern werden könnte. Sie als angehende Lehrerin müsse mit politischen Meinungen vorsichtig umgehen; auch wenn sie zu ihren Aussagen stehe. Sie schlage vor dem Hintergrund der langen Sitzungen vor, spannende Diskussionen ausschnittsweise zu zeigen und sie zuvor über den Verteiler zur Abstimmung über das Veröffentlichen zu stellen. Ralf Keller sei mit der Alternative einverstanden, einen potentiellen Jobverlust halte er allerdings für unwahrscheinlich, da die Legalität dessen fraglich sei, solche alten Sachen gegen jemanden zu verwenden. Allgemein sei es aber nun mal die Gefahr des politischen Engagements, andernfalls solle man seine Meinung nicht kundtun. Ausgewählte Mitschnitte könne man auf einem gesonderten Kanal auch einrichten, allerdings zusätzlich zur vollständigen Sitzung, denn sonst sehe es schnell nach Zensur aus. Studierende sollen sich ihre eigene Meinung bilden.
- Niels Siemensmeyer stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Benjamin Riepegerste widerspricht.

Über das Schließen der Redeliste wird abgestimmt.

Ja: 10

Nein: 3

Enthaltungen: 4

Die Redeliste wird geschlossen.

- Carsten Müller finde, soziale Medien eignen sich genauso gut für mehr Transparenz. Er fragt, warum Beschlussblätter nicht mehr auf Facebook veröffentlicht werden. Es habe bereits ein Gespräch mit dem Justizariat gegeben, in dem die klare Aussage gefallen sei, dass Bild und Ton nicht veröffentlicht werden dürfen, wenn von einer Person nicht gewünscht. Bevor darüber wieder diskutiert werde, sollen erstmal rechtssichere Rahmenbedingungen geklärt werden.
- Lea Biere erinnert, dass im letzten StuPa genau dieses Protokollformat gewünscht worden sei, damit alle Aussagen nachvollziehbar und eindeutig zuzuordnen seien. Generell seien Aufnahmen eine gute Idee, beim letzten Mal sei der Livestream das eigentliche Problem gewesen. Sie schlägt vor, ein ordentliches Konzept auszuarbeiten mit den rechtlichen Voraussetzungen sowie Angaben dazu, wie und wann welche Aufnahmen veröffentlicht werden. Zusammenfassungen seien außerdem eventuell eine bessere Idee, zudem solle es eine Erprobungsphase geben. Mit Bild und Ton zu arbeiten sei generell schwierig.
- Matthias de Jong finde es schade, dass die Diskussion an dem Punkt vorbei geht, vor allem bei den Gegnern. Vor drei Jahren sei er selbst dagegen gewesen, weil er das gewisse Maß an Transparenz nicht verantworten möchte, in dem Fall sollen aber alle ehrlich mit sich sein. In den Sitzungen werde niemand etwas sagen, das ihn*sie an der Ausübung des späteren Berufs hindern werde, außerdem trage das öffentliche Amt es mit sich. Wortgetreue Protokolle seien nicht notwendig. Insgesamt werden vorgeschobene Gründe genannt, denn auch rechtlich sei alles schon einmal geklärt worden, die Frage sei nur, ob es wirklich gewollt sei. Indirekt bestätigen die Gegenargumente nur, dass die öffentlichen Protokolle von niemandem gelesen werden. Außerdem gestehen alle ein, dass die derzeitigen Transparenzmechanismen nicht greifen, aber dann solle auch zugegeben werden, dass es nicht so wichtig sei. In der jetzigen Ausarbeitung sei der Antrag zwar nicht geeignet, könne aber ausgearbeitet werden und erneut diskutiert.
- Kira Lietmann weist darauf hin, dass seit der neuen Legislatur auch wieder Beschlüsse bei Facebook erscheinen, zwar in Textform und ohne Bilder. Sie betont, dass gestellte rechtliche Anfragen nur für einen Livestream gegolten haben, nicht aber für Aufnahmen. Dem Antrag wie vorgelegt finde sie schwierig zuzustimmen, wenn sie auch grundsätzlich dafür sei. Wichtig sei eine juristische Absicherung, und wenn das geklärt sei, müsse ein neuer Antrag gestellt werden.
- Roman Patzer-Meyer äußert den Vorschlag, vor der nächsten Wahlperiode darauf hinzuweisen, dass Sitzungen aufgenommen werden, sodass sich neue Parlamentarier*innen darauf einstellen können und ihre Wahl überdenken. Der vorliegende Antrag müsse aber viel ausführlicher sein.
- Benjamin Riepegerste weist darauf hin, dass Videos auch in Kapitel bzw. TOPs eingeteilt werden können, sodass sich die Zuschauer nicht das ganze lange Videos ansehen müssen. Verfassungsfeindliche Gedanken äußere hier auch niemand, deshalb sehe er dank der freien Meinungsäußerung keinerlei Nachteile im späteren Berufsleben. Er bittet den Antragsteller, den Antrag im Rahmen eines Arbeitskreises umzuändern. Mit der Idee müsse allerdings unbedingt weitergearbeitet werden. Das Thema sei stark ideologisch behaftet, sodass eine Abstimmung heute noch nicht unbedingt zielführend sei.
- Julius Erdmann appelliert an mehr Transparenz; es sei unverständlich, wieso das StuPa selbst nicht transparenter werden möchte, obwohl einige es ständig vom AStA fordern. Jede*r trage für das Gesagte Verantwortung und das habe Konsequenzen. Eine politische Meinung gehöre dazu, denn es sei hier ein politisches Gremium. Das StuPa kontrolliere den AStA, aber es gebe niemanden, der das StuPa kontrolliere. Solche Videoaufnahmen könnten da etwa eine Möglichkeit bieten, dass Leute mehr aufpassen und das StuPa so indirekt kontrollieren. Als der Antrag für ein Livestream in das alte StuPa gegeben worden sei, habe Julius zur Probe ein Livestream eingerichtet und im Schnitt haben 660 Leute zugesehen. Im Grunde sei es auch möglich, das Protokoll mit den Fotos der Parlamentarier*innen nachzuverstimmten, solche Argumente greifen also nicht. Ein Zugang zum StuPa wäre mit den Videos auf jeden Fall geschaffen. Man müsse auch keine Angst vor der Verantwortung haben, sich nur ihrer bewusst sein.

- Ralf Keller bittet um ein Meinungsbild zum Einführen der Videoaufzeichnung unter Zusage der Rechtmäßigkeit des Justiziariats. Mit jeweils sechs Ja-, und Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen fällt es durchwachsen aus.
- Ralf Keller reflektiert, er finde es schade und bedenklich, dass es auch bei datenschutzrechtlicher Unbedenklichkeit noch so viele Gegenstimmen gebe – er werte es als Ablehnung von Transparenzmaßnahmen. Er merkt an, der Antrag sei so vage formuliert worden, um Spielraum geben zu können, denn im Voraus könne nicht jede Eventualität festgelegt werden. Er stellt einen Änderungsantrag, den Satz „Unter der Voraussetzung, dass das Justizariat dem zustimmt, zeichnet das StuPa seine Sitzungen zukünftig auf.“ einzufügen; ein weiterer Änderungsantrag folgt zur ersten Alternative: „Gäste und Parlamentarier*innen, die unkenntlich gemacht werden wollen, müssen unkenntlich gemacht werden. In der Alternative 2 wird „sollen“ mit „müssen“ ersetzt. Ralf erklärt sich bereit, selbst mit dem Justizariat Kontakt aufzunehmen.
- Carsten Müller stellt einen GO-Antrag auf geheime Abstimmung.

Über den geänderten Antrag wird abgestimmt.

Ja: 5

Nein: 9

Enthaltungen: 5

Der Antrag wird abgelehnt.

10) Antragstop GO-Änderung Misstrauensantrag

- Daphne Dlugai stellt einen GO-Antrag auf Vertagen des Antragstops. Es gibt keine Widersprüche, der Punkt wird vertagt.

11) Antragstop: Änderung FHO §21

- Nikolai Rodehuts Kors erklärt, die Änderung sei nötig und unausweichlich, da von der internen Revision der Uni gefordert. Die Situation sehe aus, dass aus den Jahren 2016 und -17 offene Schecks im Wert von €12.092,55 verblieben seien. Der AStA habe die Möglichkeit Barschecks auszustellen, damit Studierende Geld für z.B. Zugtickets für Studienfahrten nicht vorstrecken müssen. Der Vorgang sei gewöhnlich und in der Regel unproblematisch; das Problem seien nur die beiden genannten Jahre. Saskia te Marveld habe sich intensiv damit beschäftigt und den Betrag reduzieren können, sodass nunmehr sieben von 30 Positionen nicht belegt werden können. Der Haushalts- und Satzungsausschuss kennen die Situation bereits. Die restlichen offenen Schecks können derzeit nicht gebucht werden, da die Rechnungen den Beteiligten nicht mehr vorliegen, der Wert belaufe sich auf €1.673,84. Das Justizariat und die interne Revision haben zum einen die Niederschlagung vorgeschlagen, das heiße, dass der Betrag zehn Jahre lang ab Erstellung im Haushaltsplan als offene Forderung geführt werde, die dann auch vom AStA mit nötigen Schritten, auch Inkasso, eingetrieben, werden solle; zum anderen gebe es die Möglichkeit von Eigenbelegen. Diese werden unter strengen Bedingungen per Empfehlung des Justiziariats und der internen Revision ausgestellt werden können, wenn der Antrag heute genehmigt werde. Die Eigenbelege können maximal für €100 ausgestellt werden (Inventarisierungsgrenze), eine exakte Darlegung von Gründen für die zweckgebundene Ausstellung müsse ebenfalls erfolgen, sowie das Einreichen innerhalb von vier Wochen. Das Justizariat werde eine Vorlage erstellen, zudem werden die Belege sowohl vom AStA als auch vom Haushaltsausschuss bestätigt werden müssen. Inkasso möchte der AStA vermeiden, da niemand sicher sein könne, ob nicht frühere AStA Belege verloren haben, die sonst ordnungsgemäß eingereicht worden seien. Er plädiere dafür, den Antrag so anzunehmen.

- Robert Käuper stimmt der Änderung der FHO im Namen des Satzungsausschusses zu und plädiert für Sorgfalt, damit diese nicht für Kriminalität ausgenutzt werden könne.
- Niels Siemensmeyer fragt, wie es sein könne, dass Barschecks über €1.000 verlorengehen. Nikolai räumt ein, beide Seiten haben am Verlust beteiligt sein können, so habe der letzte AStA etwa einen ganzen Umzugskarton voller Belege gefunden, da hätte schnell etwas verlorengehen können. Seitdem sei aber ordentlich abgerechnet worden, dies sei nicht mutwillig geschehen.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ja: 19

Nein: 0

Enthaltungen: 0

Die Änderung der FHO §21 wird angenommen.

12) Antragstop: Bestätigung HHA Beschluss — Aussetzung §21 (4) lit. b, e

- Nikolai Rodehutsors erklärt im Anschluss an die Änderung der FHO, der Haushaltsausschuss habe sich in seiner letzten Sitzung dafür ausgesprochen, den Paragraphen rückwirkend für die sieben genannten Belege anwenden zu können; die Alternative sei wiederum Niederschlagung. Bestimmte Punkte müssen dafür ausgesetzt werden, damit die Regelung angewendet werden könne. B und e müssen ausgesetzt werden, die besagen, dass Eigenbelege nur für €100 zulässig seien, sowie die zeitliche Befristung von vier Wochen nach der Veranstaltung. Bestehen bleibe, dass Betroffene Eigenbelege nach Muster des Justizariats schreiben müssen und Begründung angeben. Auch die Kontrollmechanismen greifen weiterhin. Die betroffenen Belege müssen niedergeschlagen werden, wenn der Antrag abgelehnt werde.
- Mehmet Karaca spricht sich im Namen des Haushaltsausschusses für das Akzeptieren der Eigenbelege im Wert von €1.673,84 aus, unter der Voraussetzung, dass das StuPa zustimmt. Einstimmig sei allerdings auch das Unbehagen gewesen, da die Summen teilweise viel zu groß seien. Die Empfehlung sei, den Antrag anzunehmen, der Haushaltsausschuss werde sich den Verlauf aber ganz genau ansehen und Eigenbelege ggf. auch ablehnen.
- Nikolai Rodehutsors ergänzt, die explizite Aussage des Ausschusses sei gewesen: „Der Haushaltsausschuss empfiehlt, unter der Voraussetzung einer entsprechenden Änderung von §21 FHO durch das StuPa, Eigenbelege für die offenen Posten in Höhe von €1673,84 zu akzeptieren. Diese Akzeptanz der Ausnahmeregelung soll durch das StuPa bestätigt werden.“ Unwohl sei allen dabei, deshalb greifen auch die hohen Schranken für Eigenbelege.
- Kira Lietmann fragt, ob es sich um eine absolut einmalige Sache alleine für die Summe der noch offenen Schecks handelt. Nikolai Rodehutsors bejaht, es gehe nur um diesen Betrag; was künftige StuPa damit machen, könne nicht gesagt werden.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ja: 16

Nein: 0

Enthaltungen: 3

Der Antrag wird angenommen.

13) Antragstop: Zweitwohnsitzsteuer

- Carsten Müller nehme an, die Studierendenschaft sei sich einig, die Zweitwohnsitzsteuer abzulehnen. Diese ziele auf Studierende ab, da es finanziell eine ziemliche Belastung darstelle, somit sehe er darin einen Angriff. Die Verantwortlichen der Stadt sollen eher überlegen, warum Studierende ihren Lebensmittelpunkt nicht in Paderborn sehen und etwas dafür tun, dass man sich wohl fühle, und nicht etwa Hürden für studentische Veranstaltungen zu setzen. Er empfehle eine Stellungnahme an die Stadt zu verfassen, gleichzeitig auch den AStA und das Uni-Präsidium zu beauftragen, sich bei der Stadt für die Aussetzung der Steuer einzusetzen. Mit der Steuer schwäche die Stadt die Universität und Paderborn als Standort. Carsten formuliert einen Änderungsantrag: „Das StuPa beauftragt den AStA, sich für eine Aussetzung der Zweitwohnsitzsteuer einzusetzen. Das StuPa fordert die Universitätsleitung auf, sich für eine Aussetzung der Zweitwohnsitzsteuer einzusetzen.“
- Benjamin Riepegerste pflichtet dem Antrag bei, die Stadt Paderborn verhalte sich kurzsichtig in der Hinsicht und zeige keinerlei Interesse daran, mit Studierenden zu sprechen, siehe das Zuständigkeitsproblem. Der Zwang, hier den Erstwohnsitz anzumelden, schränke die freie Entfaltung der Studierenden ein, die ihrer Heimat verbunden seien. Zudem sei es hier ausgesprochen schwierig, Leben in die Stadt zu bringen.
- Auch Kira Lietmann schließt sich an, das Beispiel Erlangen zeige auch politische Konsequenzen solcher Entscheidungen: einem Beschluss zufolge haben sich in Absprache mit der Universitätsleitung dort nur Studierende einschreiben dürfen, die in einem Umkreis von 70km wohnen, woraufhin die CSU von einer absoluten Mehrheit gänzlich abgewählt worden sei.
- Matthias de Jong mahnt, eine sachlich korrekte Diskussion mit der Stadt zu führen. So sei etwa für die Errichtung des Weihnachtsmarktes das Kreis- und nicht Stadtamt zuständig gewesen. Auch das Emissionsschutzgesetz sei vom Land vorgeschrieben, da könne die Stadt wenig ausrichten. Auch sei nicht nur der Lebensmittelpunkt bei der Wahl der Erstwohnsitzes wichtig, sondern auch steuerliche Gründe. Trotz der Wichtigkeit des Antrags, müsse dagegegenghalten werden, dass die Stadt tatsächlich etwas für Studierende machen möchte, nur nicht recht wisse, wie. Seinen und Julius' Forderungen sei sie durchaus entgegengekommen. Wichtig sei, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und verhandeln; gefragt seien dabei beide Seiten, was nach einer Strategie und Lösungsvorschlägen verlange statt nur Forderungen zu stellen. Carsten Müller entgegnet, der Lebensmittelpunkt sei vom Meldegesetz so vorgeschrieben und die Stadt habe sogar Briefe verschickt, in denen das Gesetz falsch wiedergegeben worden sei.
- Julius Erdmann sagt, es sei wichtig zu differenzieren. Die Universität müsse dabei sei, vor allem aber können Listen es in die größeren Verbände und Parteien bringen. Carsten Müller stimmt zu, auch von der Jungen Union gebe es laut ihm Widerstand.
- Helen Meißner verstehe nicht das Problem, den Erstwohnsitz in Paderborn anzumelden. Sie möchte wissen, ob es eine ideologische, oder vielleicht eine Identitätsfrage sei. Für sie spiele es keine Rolle, wo sie gemeldet sei.
- Niels Siemensmeyer erklärt, der Stadt gehe es nur darum, ihre Schlüsselzuweisung zu erhöhen, um mehr Geld vom Land zu erhalten. Pro Monat bekomme sie €400 pro Erstwohnsitzinhaber, somit versuche sie durch die Steuer, Bürger dazu zwingen sich umzumelden. Das betreffe etwa 2000 Personen, vorrangig Studierende, also 10% der gesamten Uni. Die Steuereinnahmen seien dabei zweitrangig (€120.000 bei einem Gesamthaushalt von €490.000.000), es gehe vor allem um die erhöhte Schlüsselzuweisung.
- Carsten Müller führt aus, mit dem Erstwohnsitz gehen auch Dinge wie das Wahlrecht und politisches Engagement einher, Lokalpolitik ist manchen in der Heimat ggf. wichtiger als hier in Paderborn. Zudem planen nicht alle nach dem Studium hier zu bleiben und deshalb ständig den Wohnsitz zu wechseln, sei auch bürokratisch aufwendig.

- Benjamin Riepegerste stimmt zu, das Antreten bei Kommunalwahlen erledige sich, sobald man sich umgemeldet habe. Eine Zweitwohnsitzsteuer führe außerdem auch dazu, dass Leute sich gezwungen fühlen, sich gar nicht erst anzumelden, was eine Gesetzeswidrigkeit sei. Der geringe Betrag aus den Steuereinnahmen sei zudem für die Stadt wirklich vernachlässigter. Wer Kontakte in der Stadt oder den Stadtrat habe, solle diese auch bitte nutzen.
- Kira Lietmann erzählt, auch JUSOs, wie die Junge Union, seien mit der Einführung der Steuer nicht einverstanden. Sollte der Beschluss heute gefasst werden, werde es auch aus der Seite Unterstützung geben.
- Matthias de Jong ergänzt den Punkt, dass Eltern ein bei ihnen gemeldetes hilfsbedürftiges Kind von der Steuer absetzen.
- Roman Patzer-Meyer formuliert den Änderungsantrag zu dem Anfang des ersten Satzes im gestellten Antrag: „Das Studierendenparlament spricht sich gegen die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer aus, ...“. Carsten Müller nimmt die Änderung an.
- Julius Erdmann weist darauf hin, dass Studierende eventuell auch zur Steuerberatung gehen sollen und sich über die Lohnsteuerkonsequenzen beraten lassen.

Über den geänderten Antrag wird abgestimmt.

Ja: 16

Nein: 0

Enthaltungen: 1

Der Antrag wird angenommen.

14) Diskussionstop: Weiterentwicklung des Themas Gleichstellung in der Studierendenschaft

- Benjamin Riepegerste führt aus, ihm sei aufgefallen, dass das Thema Gleichberechtigung an der Universität untergehe und es nicht immer wie gewünscht laufe. Er spricht sich für Überlegungen aus, wie das ausgesprochen wichtige Thema vorangetrieben, wie Gleichberechtigung institutionalisiert werden, wie es vernünftig aufgestellt werden könne mit etwa regelmäßigen Veranstaltungen. Bald komme auch das dritte Geschlecht dazu, damit müsse sich die Uni, aber auch das StuPa nachhaltig und dem 21. Jh. angemessen beschäftigen.
- Matthias de Jong fragt, wie das Thema noch konkret inhaltlich institutionalisiert werden solle. Es gebe den Projektbereich MIA, in dem Benjamin selbst aktiv sei. Es gebe und habe sehr wohl Events zu diesem Thema gegeben, die auch nicht nur vom AStA organisiert worden sei. Trotz der juristischen Einführung des dritten Geschlechts sei der Diskurs darüber ja nicht neu.
- Carsten Müller stellt einen GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit. Mit 15 verbliebenen Parlamentarier*innen ist das Parlament nicht mehr beschlussfähig, die Sitzung wird von Kira Lietmann um 18:30 beendet. Alle nicht mehr behandelten TOPs werden vertagt.

Anwesende Parlamentarier*innen und Gäste

Anwesende Parlamentarier*innen

Name	Vorname	Liste	Von	Bis
Corona	Lukas	ZDF	14:00	18:30
Dlugai	Daphne	LISTE	14:00	18:30
Lietmann	Kira	JUSO	14:00	18:30
Korsmeier	Daniel	ZDF	14:00	18:30
Keller	Ralf	LHG	14:00	18:30
Siemensmeyer	Niels	RCDS	14:00	18:30
Müller	Carsten	RCDS	14:00	18:30
Riepegerste	Benjamin	SAI	14:00	18:30
Almhanna	Bashar	SAI	14:00	18:30
Leyva	Manuel	SDS	14:00	18:25
Kaiser	Caroline	JUSO	14:00	18:15
Güngör	Gülcan	IVP	14:00	18:30
Arac	Ceren	IVP	14:00	18:30
Karaca	Mehmet	IVP	14:00	18:30
Biere	Lea	LISTE	14:00	18:30
Kurtcuoglu	Alper	IVP	14:00	16:00
Allmansberger	Sophie	LISTE	14:00	18:30
Arslan	Emin	LISTE	14:30	18:30
Meißner	Helen	SAI	15:15	18:30
Volkmer	Jan Philipp	JUSO	17:30	18:30

Anwesende Gäste

Name	Vorname	Von	Bis
Grünner	Sascha	14:00	14:45
Engler	Kai	14:00	14:45
Heimann	Leonard	14:00	14:45
Käuper	Robert	14:00	18:30
Schellenberg	Andreas	14:00	18:30
Dittmann	Tanja	14:00	18:30
Blazeowsky	Benedikt	14:00	16:15
Schlegel	Karolin	14:00	18:30
Gebert	Marvin	14:00	16:05
Schäfer	Marcel	14:00	15:24
Frammelsberger	Sharlene	14:00	18:30
Niemerg	Leonie	14:00	16:10
Erdmann	Julius	14:00	18:30
Patzer-Meyer	Roman	15:25	15:30
te Marveld	Saskia	14:00	16:05